

Nur noch jede(r) zweite Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wohnt in Hamburg - Stoppt den Exodus!



In der Freien und Hansestadt Hamburg arbeiten derzeit mehr als 110.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von Bund und Land. Eine Auswertung der dbb jugend hamburg ergab, dass etwa 40 Prozent (Finanzverwaltung: 43 Prozent, Bundesfinanzverwaltung mehr als 50 Prozent, Polizei 56 Prozent) dieser Beschäftigten nicht in Hamburg wohnen. Bei einem durchschnittlichen Einkommen von jährlich 31.200 Euro brutto und einem Durchschnittssteuersatz von 15,6 Prozent pro Beschäftigten entgehen der Freien und Hansestadt Hamburg mehr als 123 Millionen Euro an Steuereinnahmen, Jahr für Jahr.

Wer eine bürgernahe Verwaltung fordert, muss auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hamburg entweder bezahlbaren Wohnraum oder einen finanziellen Anreiz schaffen. Die dbb jugend hamburg fordert in einem Schreiben an die Hamburger Bundestagsabgeordneten, die Bürgerschaftsfraktionen, die Bezirksversammlungsfraktionen, die Stadt Hamburg und den Bund auf, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Hamburg leben-



den Beschäftigten eine Zulage in Höhe von mindestens 75 Euro zu zahlen oder deutlich mehr geförderte Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Bei den Neubauten in Hamburg werden keine Wohnungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bereitgestellt. Gerade in den Stadtteilen wie Barmbek, Billstedt, Steilshoop, Wilhelmsburg sowie Niendorf bieten sich breit angelegte Wohnförderungsmaßnahmen an, da zum Einen die Beschäftigten des öffentlichen Dienst im Stadtgebiet bleiben oder gar zurückkehren würden und zum Anderen diese Förderung in den Stadtteilen eine Gesellschaft mit sozialer Vielfalt entstehen lässt.